

Handelsblatt Nr. 139 vom 23.07.02 Seite 6

50 Jahre Montanunion

Beliebter Fehlschluss

Von WERNER ABELSHAUSER Jetzt tönt es wieder - das hohe Lied der europäischen Einheit, die selbstlose Visionäre gegen nationale Egoisten vor 50 Jahren durchgesetzt haben, um Frieden und Wohlstand in Europa dauerhaft zu sichern. Jean Monnet, Initiator und erster Präsident der Montanunion, ist längst zu einem politischen Heiligen Europas aufgestiegen, und die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) am 23. Juli 1952 gilt gemeinhin als Sternstunde und Ausgangspunkt jenes Integrationsprozesses, der zur Europäischen Union geführt hat.

Wenn heute - nach 50 Jahren - der Vertrag ausläuft, werden allerorts Lehren gezogen - häufig die falschen. Um es vorwegzunehmen: Weder waren die Pioniere der europäischen Integration frei von nationalen Egoisten, noch ist die Montanunion die Keimzelle, aus der die EU bruchlos gewachsen ist.

Das Gegenteil ist richtig. Wir wissen längst, dass der Plan des französischen Außenministers Robert Schuman, aus dem die Montanunion entstand, eine Rettungsaktion war für Frankreichs marode Schwerindustrie. Die deutsche Seite sah in der Union eine Voraussetzung, um an nationaler Souveränität zu gewinnen. Allen Akteuren ging es also darum, den Nationalstaat zu erhalten statt zu überwinden.

Daran hat sich nach meiner Überzeugung seit 1952 wenig geändert. Die Rolle der Nationalstaaten ist sogar bald nach Gründung der EGKS wieder gestärkt geworden und hat den Weg der Einigung von den Höhen supranationalen Souveränitätstransfers zurück in die Niederungen der Interessenpolitik geführt.

Die negative Erfahrung der Montanunion ist in der kollektiven Erinnerung der Deutschen merkwürdig blass geblieben. Schon 1954 scheiterte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die nach dem Muster der EGKS mit supranationaler Hoher Behörde und gemeinsamem Haushalt ausgestattet war, an der nationalen Prioritätensetzung Frankreichs. Schon da war klar, dass der Weg des nationalen Souveränitätstransfers auf "Europa" am Ende war, noch ehe er recht begonnen hatte. Die Montanunion geriet bereits zwei Jahre nach der Gründung in eine "unbehagliche Vereinsamung", wie Monnet beklagte.

Auch eine andere Lehre, die uns die Praxis der EGKS bietet, ist nach meiner Überzeugung zu wenig beachtet worden. Es waren nicht wirtschaftliche Zwänge, die zu ihrer Gründung führten, sondern der Primat der Politik. Es ging den Unterzeichnern des Vertrages um die rüstungswirtschaftliche Zählung, die politische Einbindung und allenfalls um die wirtschaftliche Kontrolle Deutschlands - nicht um einen transnationalen Rahmen der Montanwirtschaft.

Der Zusammenschluss konnte zudem nur gelingen, weil es vor allem ein Land war, das seine Ressourcen der Kontrolle aussetzte, während die anderen kontrollierten. Im Mittelpunkt stand die Vergemeinschaftung des Ruhrreviers. Die Schwerindustrie der übrigen Mitgliedstaaten war dagegen eine quantité négligeable. Es wundert daher nicht, dass Großbritannien sich dieser strukturellen Diskriminierung nicht unterwerfen wollte und draußen vor der Tür blieb. Parallelen zur

Währungsunion liegen auf der Hand: Margret Thatcher und Helmut Kohl ließen uns übereinstimmend wissen, dass dies der Preis der nationalen Souveränität der Berliner Republik war.

Als 1956/57 die Entscheidung zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) fiel, hatte die Montanunion als Modell bereits lange ausgedient. Der Europäische Rat souveräner Nationen trat an die Stelle der supranationalen Hohen Behörde, die in der Montanunion weitgehend unabhängig agieren konnte.

Wieder waren es nicht wirtschaftliche Zwänge, die zur EWG führten, sondern weltpolitische. Nach einer schweren Vertrauenskrise mit den USA, dem Suez-Debakel und der Niederschlagung des Ungarnaufstandes sollten die Römischen Verträge in erster Linie die sicherheits- und rüstungspolitische Unabhängigkeit Westeuropas garantieren.

Es ist verblüffend, wie wenig die Ansätze zur wirtschaftlichen Integration der sechs Montanunionstaaten einem wirtschaftlichen Kalkül folgten. Einige Wirtschaftspolitiker wie Ludwig Erhard sahen in ihr gar ein dirigistisches Teufelswerk, das der globalen Expansion der nationalen Wirtschaft im Wege stand.

Adenauer teilte indes den "wirtschaftlichen Welteroberungsplan" des Wirtschaftsministers nicht. Er war sich der Gefahr einer Weltwirtschaftskrise immer bewusst und hielt nur solche Märkte für beständig, die politisch organisiert waren. Für mich hat Adenauers Sicherheitsdenken heute - unter der Ägide der Globalisierung - noch an Überzeugungskraft gewonnen.

Schwer zu beantworten ist die Frage nach dem wirtschaftlichen Erfolg der Montanunion. Ihr Einfluss lässt sich gerade für die deutsche Schwerindustrie nicht exakt bestimmen. Diese gehörte jedenfalls nicht zu den Gewinnern des Kartells sui generis, das mit der nationalen Quotierung der Produktion in den 80er Jahren seinen Höhepunkt erreichte. Auch die Kohlenkrise an der Ruhr, die erst 1968 mit der Gründung der Einheitsgesellschaft Ruhrkohle AG beherrschbar wurde, zeigt: Es waren die nationalen Regierungen, die die Krise meisterten, nicht die Union.

Zudem machten sich Nachkriegsboom und Wirtschaftswunder auch in der Stahlindustrie bemerkbar, so dass es schwer fällt, die günstige Entwicklung der Montanunion zuzuschreiben. Ihre Popularität fußt also vor allem auf dem Fehlschluss "post hoc ergo propter hoc": Nur da eines nach dem anderen geschah, soll das Erste der Grund des Zweiten gewesen sein - das ist leider falsch.

Werner Abelshauer ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie für die Geschichte der Europäischen Integration an der Universität Bielefeld.